

BOUFFIER SCHLECHT INFORMIERT

Die Vernehmung von Ministerpräsident Bouffier im NSU-Untersuchungsausschuss hat aus Sicht der SPD ergeben, dass er als zuständiger Innenminister 2006 schlecht informiert war und sein Ministerium nicht im Griff hatte.



Nancy Faeser warf Bouffier vor: „Über fundamentale Entscheidungen im Zusammenhang mit den Ermittlungen nach dem Mord an Halit Yozgat war er anscheinend nur unzureichend informiert. Er will nicht einmal gewusst haben, dass der damals tatverdächtige Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme einen V-Mann im Bereich Rechtsextremismus geführt hat.“

Bouffier habe keine plausible Erklärung dazu abgeben können, wieso er die Vernehmung von Temmes V-Leuten verweigert habe. Faeser kritisierte, dass das Parlament erst mit monatelanger Verzögerung informiert worden sei. Zudem sei das Disziplinarverfahren gegen Temme sei sehr oberflächlich geführt worden.



SORGT FÜR ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG: EIN AIRBUS 380 AUF DEM FRANKFURTER FLUGHAFEN. NACH STREIT MIT FRAPORT ZIEHT DIE LUFTHANSA FÜNF DIESER RIESENFLUGZEUGE AB.

FOTO: GROGRI 2.0 GENERIC (CC BY 2.0)

LANDESREGIERUNG VERSAGT BEI KONFLIKT AM FLUGHAFEN

Den anhaltenden Konflikt zwischen Lufthansa und Fraport sieht die SPD-Fraktion mit Sorge. **Marius Weiß** sagte dazu: „Wir freuen uns, dass wir die beiden starken Unternehmen am Standort Frankfurt haben. Wir danken den zehntausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die beide Unternehmen zu Eckpfeilern der hessischen Wirtschaft machen.“ Die Entscheidung der Lufthansa, fünf ihrer A380 von Frankfurt



nach München zu verlegen, wertete Weiß als vorläufigen Höhepunkt im Konflikt.

Es sei Aufgabe der Unternehmen, einen Konflikt erst gar nicht entstehen zu lassen. Es sei aber unstrittig auch Aufgabe der Politik, dass ihr Mögliche für dieses Ziel zu tun, erst recht bei der Bedeutung der Unternehmen für den Standort und bei den Einflussmöglichkeiten, die das Land als größter Anteilseigner der Fraport habe. „Die Wirtschaftspolitik dieser schwarz-grünen Landesregierung hat in diesem Fall komplett versagt. Ministerpräsident Bouffier hat der Entwicklung tatenlos über Monate zugesehen.“

In Anbetracht dieses Versagens der schwarz-grünen Landesregierung brauche man eine „Allianz für das Drehkreuz Frankfurt“, um die wichtige Frage zu klären, wie der Flughafen am Wachstum der Preisbrecher teilhaben könne, ohne seine angestammten Netzwerk-Gesellschaften zu vergrätzen und ohne gute Arbeitsplätze zu gefährden.“

Wir wünschen
einen schönen Sommer
und erholsame Ferien!

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

NSU-AUSSCHUSS ENDLICH ALLE AKTEN VORLEGEN

Noch immer hat die Landesregierung dem NSU-Untersuchungsausschuss nicht alle angeforderten Akten vorgelegt. Auch der Bundestags-Untersuchungsausschuss habe einvernehmlich über alle Fraktionen hinweg festgestellt, dass eine sehr lückenhafte Aktenvorlage des Landes Hessen eine erhebliche Beeinträchtigung seiner Aufklärungsarbeit verschuldet habe, kritisierte **Günter Rudolph**. Der Abschlussbericht des Bundestags widerlege die von der CDU-geführten Landesregierung gehegte Legende, in Hessen sei der Rechtsextremismus erfolgreich bekämpft worden „In Nordhessen gab es über viele Jahre eine rechtsextreme Szene und der Abschlussbericht weist eklatante Mängel auf sind. Es gab beträchtliche Versäumnisse der Hessischen Verfassungsschützer“, so Rudolph.



VORZEIGEPROJEKT STATT DIGITALES HESSEN

Mehr Anstrengungen der Landesregierung, damit Hessen für die digitale Zukunft gerüstet ist, forderte **Tobias Eckert**. Die Auszeichnung der Stadt Darmstadt als „Digitale Stadt“ sei erfreulich. Ein Vorzeigeprojekt mache aber noch kein digitales Hessen aus. Hier bestehe dringender Nachholbedarf. Der Wirtschaftsminister müsse vor allem den Breitbandausbau zügig vorantreiben.



ATTAC ENDLICH ANERKENNEN

Für die Anerkennung von Attac e.V. als gemeinnützig im steuerlichen Sinne hat sich **Gerald Kummer** ausgesprochen. „Der aktive Einsatz für Frieden, Völker-



verständnis, soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit und Solidarität fördert die Allgemeinheit, damit das demokratische Staatswesen und ist laut Hessischem Finanzgericht per se gemeinnützig. Das rechtswidrige Versagen der Gemeinnützigkeit bei Attac gefährdet dessen Existenz, da der Verein über viele Jahre der Möglichkeit steuerlich begünstigter Spenden beraubt wird. Dies muss beendet werden“, forderte Kummer vom Bundesfinanzminister und den Finanzministern der Länder.



DIESE STELE ERINNERT AUF DEM KASSELER HALT-PLATZ AN DIE OPER DER NSU-VERBRECHEN.

FOTO: HAFENBAR (CC-BY-SA 3.0 DE)

SCHUTZAUSRÜSTUNG VERBESSERN

Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg hat **Nancy Faeser** einen ausreichenden Schutz für alle sich im Einsatz befindlichen Polizeibeamtinnen und -beamten aus Hessen gefordert, welche die Hamburger Polizei unterstützen. „Wir hoffen, dass alle Polizeibeamten und Rettungskräfte unverletzt bleiben. Dafür ist es jedoch auch erforderlich, dass alle Polizistinnen und Polizisten eine ausreichende Schutzkleidung haben. Das war für die Kolleginnen und Kollegen, die zu den Alarmhundertschaften aus dem normalen Regeldienst entsandt wurden, nicht immer der Fall. Viele haben unzureichendem Schutz für solche Einsätze.“



WACHSAMKEIT BEI SUEDLINK-TRASSE

„Der Bau der Gleichstromtrasse SuedLink durch Hessen ist noch nicht vom Tisch. Wir Hessen müssen wachsam bleiben. Dazu fordere ich auch die Hessische Landesregierung auf“, sagte **Timon Gremmels** in der Aktuellen Stunde. Zwar favorisiere der Vorhabenträger Tennet eine Erdkabeltrasse durch Thüringen, doch gebe es erheblichen Widerstand aus dem Freistaat gegenüber einen Verlauf durch den Thüringer Wald.





WEITER TIEF IM SCHULDENTAL

Angesichts der Finanzlage der Kommunen hat **Norbert Schmitt** der schwarz-grünen Landesregierung „anhaltende Kommunalfeindlichkeit“ vorgeworfen. Schmitt sagte: „Die hessischen Kommunen stecken weiterhin in einem tiefen Schuldental. Dies belegt eine Untersuchung des Hessischen Städtetags. Der kommunale Schuldenstand in Hessen ist trotz Schutzschirm in den Jahren 2011 bis 2016 um 529 Euro pro Einwohner gestiegen. Mit dem sogenannten Schutzschirm wurden nicht einmal annähernd die kommunalen Defizite in Höhe von sieben Milliarden Euro aufgefangen, die zwischen 2011 und 2015 wegen der mangelhaften Finanzausstattung der hessischen Kommunen durch das Land entstanden sind.“ Hessen habe zudem mit Abstand das schlechteste Ergebnis bei den Kreditmarktschulden und den viertschlechtesten Platz bei den Kassenkrediten. Für Jubelmeldungen gäbe es deshalb überhaupt keinen Anlass. Vielmehr zwingt die schwarz-grüne Landesregierung die Kommunen, Steuern und Gebühren zu erhöhen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger zahlten deshalb 620 Millionen Euro mehr pro Jahr als dies vor fünf Jahren der Fall gewesen sei.



EHE FÜR ALLE - HISTORISCHER TAG FÜR DIE GLEICHHEIT

Den Beschluss des Deutschen Bundestags zur „Ehe für alle“ hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** als „historischen Tag für die Gleichheit“ gewürdigt. „Menschen, die sich lieben, können unabhängig davon welchen Geschlechts sie sind, heiraten. Dafür haben sehr viele Menschen jahrzehntelang gekämpft. Ich danke allen, die sich dafür engagiert haben. Es wird niemandem etwas genommen, aber es wird mehr glückliche Menschen geben. Das ist ein Tag der Freude.“ Am Vorabend dieser historischen Entscheidung hatte auch der Hessische Landtag das Thema diskutiert. Die Fraktionen



von SPD, FDP und Linken hatten einen gemeinsamen Antrag mit dem Appell eingebracht, dass der Landtag sich für die gesetzliche Verankerung der „Ehe für alle“ ausspricht.

Schäfer-Gümbel sagte, über 80 Prozent der Bevölkerung seien schon lange dieser Auffassung. Der Gesetzentwurf aus Rheinland-Pfalz sei eine gute und verfassungskonforme Grundlage.

Er kritisierte, dass die schwarz-grüne Koalition die Abstimmung nicht freigebe. Das Einheitsdogma der

Koalition werde hier offensichtlich über die Gewissens-

entscheidung gestellt. CDU und Grüne

haben den Oppositionsantrag zur Ehe für alle mit ihren Stimmen abgelehnt.

FOTO: FOTOMEK FOTOLIA

WIRKUNGSLOSES WOHNUNGSGESETZ

Das von Schwarz-Grün verabschiedete Wohnungsaufsichtsgesetz bewertet **Michael Siebel** als weitgehend wirkungslos. Es fehle ein durchsetzbares Instandsetzungsgebot für Häuser, die absichtlich vom Besitzer nicht saniert würden. „Wer so mit seinem Eigentum spekuliert, gegen den muss die Kommune hart vorgehen können“. Auch der Umwandlung von Wohnraum in Büros verhindere das schwarz-grüne Gesetz nicht. „Wohnungen müssen Wohnungen bleiben.“



DAS NÄCHSTE SONDEROPFER

Nach Nullrunde, Besoldungsdiktat und Kürzung der Beihilfe verordnet die schwarz-grüne Koalition den hessischen Beamtinnen und Beamten das nächste Sonderopfer. Sie erhalten ihre Besol-



dungserhöhung um zwei Prozent erst vier Monate später als die Tarifbeschäftigten des Landes. **Günther Rudolph** erneuerte die Forderung der SPD, das Tarifergebnis vollständig auf die Beamenschaft zu übertragen. „Dies wäre auch notwendiger Ausdruck der Wertschätzung für ihre Arbeit.“

BOUFFIER SCHWEIGT ZU ZUKUNFTSFRAGEN

Als „blutleer und enttäuschend“ hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** die Regierungserklärung von Ministerpräsident Bouffier zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gewertet. „Die Neuregelung bringt Hessen zusätzliche 500 bis 600 Millionen Euro jährlich. Das wäre die richtige Gelegenheit für eine Richtungsdebatte darüber, wohin sich das Land entwickeln will. Aber die CDU hat keinen Plan für Hessen. Der Ministerpräsident schweigt zu Zukunftsfragen.“ Schäfer-Gümbel sagte: „Die hessi-

sche SPD will die Spielräume nutzen, um schrittweise gebührenfreie Kitas zu verwirklichen und die Kommunen bei der Kinderbetreuung zu entlasten. Ministerpräsident Bouffier hatte das 2013 versprochen und will davon heute nichts mehr wissen. Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung ist von der CDU einfach nicht gewollt.“ Schäfer-Gümbel sprach sich vehement für Investitionen in die Zukunft aus. Neben den gebührenfreien Kitas gehe es dabei vor allem um massive Investitionen



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

in Straßen- und Schienenbau, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und eine Stärkung des ländlichen Raums.

EXPERTEN-RAT WIRD IGNORIERT

Für wirtschaftliche große Schäden sorgen Waschbären und Kormorane in Hessen. Doch die Landesregierung ignoriere aus ideologischen Gründen Vorschläge von Experten und Opposition, um die Population dieser Tierarten zu regulieren, kritisierte Heinz Lotz.



AUSBAU VON KITAS, GEBÜHRENFREIHEIT UND ENTLASTUNG DER KOMMUNEN GEHÖREN FÜR DIE SPD-FRAKTION ZUSAMMEN.

23.000 KITA-PLÄTZE FEHLEN IN HESSEN

Eine „bemerkenswerte Ahnungslosigkeit im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen“ hat **Gerhard Merz** der schwarz-grünen Landesregierung attestiert: „Sie wird nur übertroffen von der bemerkenswerten Interessenlosigkeit, die Sozialminister Grüttner immer wieder an den Tag legt, zuletzt in der



Fragestunde des Landtags.“ Grüttner hatte auf Merz' Frage, was die Landesregierung tun wolle, um den Bedarf von mehr als 23 000 fehlenden Kita-Plätzen zu decken, ebenso wortreich wie an der Sache vorbei auf die Zuständigkeit der Kommunen verwiesen. „Die hessische Landesregierung muss im Hinblick auf Finanzmittel und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs selbst eine landesweite Bedarfsabschätzung vornehmen“, forderte Merz.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusl-David
Valeska Fuhr